

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 M., fürs
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

Sattler-



Inserate kosten 30 Pfennig pro
3 gespaltene Petitzeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 45 .: 31. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüden-
straße 10b .: Telephon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 9. November 1917

Inhalt. Beitragsleistung. — Beitragserhöhung in den
Gewerkschaften. — Aus der Berliner Lederwarenindustrie.
— Zur Beitragsfrage. — Christlich-nationaler Arbeiter-
kongress. — Aus unserem Beruf. — Korrespondenzen. —
Rundschau. — Bücherchau. — Sterbetafel. — Anzeigen.

Für die Woche vom 11. bis 17. November
1917 ist der 46. Wochenbeitrag fällig. Nur
wer dem Verbands gegenüber durch pünktliche
Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert
sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unter-
stützung aus Verbandsmitteln.

Beitragsserhöhung in den Gewerk- schaften.

Die auf allen Gebieten sich geltend machende
Lernerung stellt die Gewerkschaften vor die harte
Lafache, einen Ausgleich zu schaffen, um ihren
Kampffonds unverehrt zu lassen. Da die Mit-
gliederbeiträge ihre einzigste Einnahmequelle
bilden, so ist auch hier nur die Möglichkeit ge-
geben, der Entwertung des Geldes einigermaßen
entgegenzuwirken. In unserem Verbands sollen
die Mitglieder in der Zeit vom 1. bis 3. De-
zember durch Urabstimmung entscheiden, ob sie
durch Erhöhung des Beitrages um 15 Pf. für
männliche und 10 Pf. für weibliche Mitglieder
den Zeitverhältnissen Rechnung zu tragen gewillt
sind.

Im Verbands der Brauerei- und
Mühlensarbeiter wurde ab 1. Oktober
d. J. der Beitrag für jede Klasse um 10 Pf. er-
höht und beträgt nunmehr ohne Lokalzuschlag:
bei einem Wochenlohn bis zu 18 Mf.:
(ferner für alle weiblichen Mitglieder): 50 Pf.;
bei einem Wochenlohn von 18 bis
24 Mf.: 60 Pf.;
bei einem Wochenlohn über 24 Mf.:
70 Pf.

Der freiwillige Höchstbeitrag beträgt 80 Pf.
und kann gezahlt werden von Mitgliedern, die
über 27 Mf. Wochenlohn haben.

Lernerungszulagen gelten als Lohn.
(Nach § 7 Ziffer 2 ist den Mitgliedern „ge-
stattet, entsprechend ihrem Verdienst in die
nächst höhere Beitragsklasse zu zahlen“.)

Eine Erhöhung der Unterstützungen tritt
infolge dieses Extraertragsbeitrages nicht ein.

Der Vorstand des Holzarbeiterver-
bandes schlägt anstatt des einheitlichen Bei-
trages von 60 Pf. für männliche und 25 Pf. für
weibliche Mitglieder sechs Beitragsklassen vor,
und zwar von 1,50, 1,20, 1,00, 0,80, 0,60 und 0,40
Mark, wovon die beiden letzten nur für weibliche
und jugendliche gelten sollen. Die Staffelung ist
nicht vom Lohnlohn abhängig, sondern
jede Verwaltungsstelle soll selbst bestimmen,
welche Beiträge in ihrem Bereich erhoben
werden. Die bisherigen Lokalbeiträge kommen
in Wegfall und damit auch die örtlichen Unter-
stützungen. Zur Bestreitung örtlicher Unkosten
verbleiben den Verwaltungsstellen bis zu 15

Prozent der vereinnahmten Wochenbeiträge.
Ueberflüsse sind der Hauptkasse zu überweisen.

Die Arbeitslosenunterstützung soll je nach
Beitragsklasse und Mitgliedschaftsdauer 5 bis
20 Mf. die Woche betragen, die Krankenunter-
stützung genau die Hälfte, während die Reise-
unterstützung nach denselben Grundsätzen auf
1 bis 1,50 Mf. pro Tag angelegt ist. Diese drei
Unterstützungsarten können gegeneinander auf-
gerechnet, also als sogenannte Erwerbslosen-
unterstützung behandelt werden. Innerhalb
52 Wochen können insgesamt für alle drei Unter-
stützungsarten 50 bis 200 Mf. erhoben werden;
d. h. 50 Mf. bei 40 Pf. Wochenbeitrag und
52wöchiger Mitgliedschaft und 200 Mf. bei
150 Pf. Wochenbeitrag und 52wöchiger Mit-
gliedschaftsdauer.

Die Streik- und Gemäßregelunter-
stützung der Holzarbeitervorlage bewegt sich
zwischen 7 Mf. pro Woche bei 40 Pf. Wochen-
beitrag und 13wöchiger Mitgliedschaft und 24 Mf.
bei 150 Pf. Wochenbeitrag und 52wöchiger
Mitgliedschaftsdauer. Außerdem soll für jedes
Kind unter 14 Jahren — bis zu 6 Kinder —
1 Mf. bezahlt werden.

Nachdem in allen Gauen Gantage abge-
halten wurden, welche zu diesen Vorschlägen
Stellung nahmen, soll eine Urabstimmung im
November die letzte Entscheidung fällen.

Eine Gauleiterkonferenz des Buchbin-
derverbandes hat sich ebenfalls für eine
Neuregelung der Beitrags- und Unterstützungs-
frage ausgesprochen und eine Eiferkommission
mit der Ausarbeitung eines Vorschlages betraut,
über dessen Annahme oder Ablehnung die auf
den 8. Dezember anberaumte Urabstimmung
entscheiden soll. Die Wochenbeiträge in den ein-
zelnen Klassen sollen betragen: 30, 40, 50, 70 und
110 Pf. Die Höchstsummen der Arbeitslosen-
unterstützung sollen in der niedrigsten Klasse auf
18 Mf., in der 5. Klasse nach 260wöchiger Bei-
tragszahlung 175 Mf. betragen. Die Streik-
unterstützung wird nach der Beitragsklasse und
Mitgliedschaftsdauer gegliedert. Sie schwankt
zwischen 7,80 Mf. im niedrigsten und 22,80 Mf.
im höchsten Falle. Umzugsunterstützung wird
nur in der 4. und 5. Klasse gewährt.

Eine Konferenz der Gauleiter des Fabri-
karbeiterverbandes mit dem Vorstand
und Ausschuss beschloß die Einberufung eines
außerordentlichen Verbandstages. Neben der
Berichterstattung über die Verbandsstätigkeit
wird der Verbandstag sich besonders mit der
Beitragsfrage zu beschäftigen haben. Eine Vor-
lage des Vorstandes sieht Beitragsstufen von 30
bis 80 Pf. wöchentlich vor. Dementersprechend soll
auch eine Neuregelung der Unterstützungen vor-
genommen werden. Eine Erhöhung sowohl der
Streik- als der Arbeitslosenunterstützung wurde
auf der Konferenz als notwendig in Aussicht ge-
nommen.

Im Lederarbeiterverband sollen
die Mitglieder durch Urabstimmung vom 22. Ok-

tober bis 1. Dezember entscheiden, ob ab 1. Ja-
nuar 1918 der Beitrag für männliche Mitglieder
um 10 Pf. und für weibliche Mitglieder um
5 Pf. erhöht werden soll, ohne daß eine Mende-
rung im Unterstützungsweisen eintritt.

Der Vorstand des Verbandes der Fri-
jeurgehilfen fordert die eingezogenen Ver-
bandsmitglieder auf, ab 1. Oktober wieder Ver-
bandsbeiträge zu leisten. Es ist ein Beitrag
von 50 Pf. direkt an die Verbandskasse vorge-
sehen, der dann beim späteren Unterstützungs-
bezug dem beitragsleistenden Mitgliede zugute
kommt. Eingezogene Mitglieder, die nicht be-
ruflich tätig sein können, oder solche, die Ange-
hörige unterstützen müssen und daher nicht Bei-
träge zahlen können, werden nach wie vor als
Mitglieder geführt, deren Rechte und Pflichten
ruhen; sie erhalten aber das Verbandsorgan
weiter unentgeltlich zugeandt.

Der Vorstand des Allgemeinen Deut-
schen Gärtnervereins ruft die Mit-
glieder auf, durch freiwillige Sammlungen einen
besonderen Fonds zum Wiederaufbau der Or-
ganisation zu schaffen.

Aus der Berliner Lederwaren- industrie.

Die Berliner Lederwarenindustrie erfreut sich
zurzeit eines stillen Geschäftsganges. Leider hin-
dert der Materialmangel und das Fehlen von Ar-
beitskräften, die aus den verbündeten und neutralen
Ländern eingegangenen Bestellungen erledigen zu
können, trotzdem die Käufer jeden nur denkbaren
Preis bieten, um Ware zu bekommen. Es liegt im
volkswirtschaftlichen Interesse, bei dem niedrigen
Kurs des deutschen Geldes, soviel nur irgendmöglich
Lederwaren ins Ausland zu verkaufen und damit
auch die Verbindungen für die Zeit nach dem Kriege
aufrechtzuerhalten. Die Erkenntnis ist auch beim
Kriegsamt durchgedrungen, weshalb von einer Still-
legung der Betriebe abgesehen werden dürfte. Wegen
der Verschiedenartigkeit der Muster und der beson-
deren Eigenheiten jedes einzelnen Betriebes ist eine
Zusammenlegung ebenfalls nicht ratsam. Denn eine
nennenswerte für den Hilfsdienst geeignete Zahl von
Arbeitern läßt sich aus den Lederwarenfabriken nicht
mehr herausziehen. Ebenjowenig geeignete Maschi-
nen für Heereszwecke; wird doch die Herstellung feiner
Lederwaren durchweg handwerksmäßig, hauptsächlich
mit Hilfe der Heimarbeit betrieben. Die Kriegs-
anstelle will aber eine Ersparung von Licht und
Kohlen erzielen, weshalb sie die Einführung einer
durchgehenden Arbeitszeit empfiehlt, und zwar be-
ginnend um 7½ Uhr morgens, Schluß 4½ Uhr
abends. Eine von der Branchenleitung einberufene
Versammlung der Werkstättenvertrauensleute hat sich
eingehend mit diesem Vorschlag befaßt und sich da-
mit einverstanden erklärt, auch Sonnabends diese
Arbeitszeit einzubehalten, also auf den früheren Ar-
beitslohn während des Ausnahmezustandes zu ver-
zichten, wenn die Arbeitspause, geteilt oder ganz,
auf eine halbe Stunde festgesetzt wird und die Unter-
nehmer die Entschädigung für den Lohnausfall der
einer Stunde Arbeitszeitverlängerung pro Woche ver-
güten. Die Branchenleitung wurde beauftragt, in
diesem Sinne zu verhandeln. Sollte der Vorschlag

des Kriegsamts verwirklicht werden, so ist anzunehmen, daß auch die Unternehmer der Arbeitern in der gewünschten Weise entgegenkommen. Denn sie haben das größte Interesse an dem ununterbrochenen Weiterbestand der Industrie. Den Arbeitern darf aber nicht zugemutet werden, ihr ohnehin schon knappes Einkommen auch nur um 1 Mk. pro Woche zu schmälern.

Zur Beitragsfrage.

IV.

Zuschriften und Versammlungsberichte in unserem Verbandsorgan lassen erkennen, daß der Vorschlag, die Verbandsbeiträge für männliche Mitglieder auf 70 Pf., für weibliche Mitglieder auf 40 Pf. zu erhöhen, auf Verständnis gestossen ist. Nur vereinzelt wurden Stimmen laut, die sich dagegen wenden. Danach soll der höhere Beitrag die Werkkraft hemmen oder der höhere Beitrag eine Belastung der heimkehrenden Krieger sein. Ein ganz Schläuer meinte, der Verband zähle 12 000 Mitglieder, da komme genug Geld ein, um den Reservefonds aufzufüllen. Wäre dieses Argument ebenso richtig, wie es falsch ist, dann bräuhete der Metallarbeiterverband mit seinen 500 000 Mitgliedern überhaupt keine Beiträge. Die Geschichte ist aber doch so, daß mit jedem Mitglied, welches der Verband gewinnt, sich auch neben dem Einnahmefonto ein Ausgabekonto aufbaut. D. h. mit jeder Woche Beitragsleistung wächst auch das Anrecht auf die im Verbandsorgan eingeführten Unterstüttungen. Daß diese nach dem Kriege mehr noch als je in Anspruch genommen werden, steht außer jedem Zweifel. Wie oft ist in unserem Organ auf die kommenden wirtschaftlichen Kämpfe hingewiesen worden. Wer will bestreiten, daß die Krankenunterstützung enorme Summen verschlingen wird. Ob nach dem Kriege eine den heutigen Verhältnissen auch nur annähernd gleichkommende Konjunktur im Sattler- und Lederwarengewerbe zu verzeichnen sein wird, ist mit Bestimmtheit nicht anzunehmen. Vielmehr werden die Arbeitslosenziffern steigen und die am ehesten beschäftigungslos werden, die als Kriegsjattler tätig waren. Infolge ihrer nicht allzu langen Mitgliedschaft haben sie größere materielle Rechte an den Verband, als was sie bisher an Beiträgen leisteten. Die heimkehrenden Krieger werden in den meisten Fällen unterstützungsbedürftig sein und ein Zuschuß zur staatlichen Unterstüttung sehr gut gebrauchen können. Die hierfür heute noch nicht auf Gelder und Rente zu berechnenden Ausgaben dürfen aber den Kampffonds nicht beeinträchtigen. Hier müssen aus begründlichen Gründen Summen zur Verfügung bleiben. Darum ist es verständlich, wenn Vorstand und Ausschuß diesmal kein Tauschgeschäft in Vorschlag gebracht haben, d. h. davon Abstand nahmen, mit der Erhöhung der Beiträge auch gleichzeitig eine Erhöhung der Unterstüttungssätze vorzunehmen. Soll der gedachte Zweck erreicht werden, so muß von einer erhöhten Belastung der Verbandskasse vorläufig abgesehen werden.

Aber eines wäre zu erwägen. Einmal muß doch Friede werden und der nun schon zweimal verschobene Verbandstag wird stattfinden. Ob der in München 1912 angeregte Staffelleistungsbeitrag eingeführt wird, oder ob eine andere Regelung im Schoße des Verbandsvorstandes reift, ist heute noch unbekannt. Wie dem aber auch sei, zweckmäßig wäre wenn auf dem nächsten Verbandstag die Sätze für Streik-, Maßregelungs- und Arbeitslosenunterstützung erhöht werden, ohne erst, wie in früheren Zeiten, das neue Unterstüttungsreglement ein Jahr nach der veränderten Beitragsleistung in Kraft treten zu lassen. Vielleicht ließe es sich ermöglichen, daß der nächste Verbandstag die erhöhten Unterstüttungssätze mit dem neu geschaffenen Statut in Kraft setzt. Diese Möglichkeit würde auch die wenigen Gegner einer Beitragserhöhung beschwichtigen. In sich hat diese Frage mit der Urabstimmung nichts zu tun. Sie anregen heißt, sie muß auf dem nächsten Verbandstag erledigt werden. Soll das zur Zufriedenheit der Mitglieder geschehen, so haben diese die Verpflichtung, rechtzeitig die Mittel zu beschaffen. Darum muß die zur Urabstimmung gestellte Frage einmütig mit „Ja“ beantwortet werden.

V.

Ich möchte hiermit kurz Stellung nehmen zu dem Artikel des Kollegen Kusowka zur Beitragsfrage. Leider kommt mir der Artikel ziemlich spät in die Finger, so daß meine Ausführungen zur Abstimmung nichts mehr beitragen können. Ich habe mich gefreut, daß der Zentralvorstand endlich zu der Einsicht gekommen ist, die Beiträge zu erhöhen. Der Zeit entsprechend hätte das schon lange geschehen müssen. Die Kollegen daheim können dieses Opfer wohl bringen. Und ich glaube nicht zuviel gesagt zu haben, wird es wohl auch von einem Teil gern geschehen. Was muß jeder hier draußen dagegen leisten. Wie denkt sich der Kollege Kusowka die Zukunft? Will er dem so gut gerüsteten Unternehmertum mit leeren Kassen entgegentreten? Oder denkt er, daß es beim Burgfrieden bleibt? Wir bekommen

doch zurzeit schon genug davon zu merken. Ich habe keine Angst vor dem Frieden, sondern freue mich darauf. Aber für die Zukunft rufen müssen wir auf alle Fälle. Mit leeren Taschen einen Kampf aufzunehmen ist ein Ding der Unmöglichkeit. Oder sollen wir dann vielleicht eine Kriegsanleihe aufnehmen? Die Kollegen, die der Organisation des Beitrags wegen den Rücken kehren, die laßt gehen. Ihnen wollen wir keine Träne nachweinen. Wenn K. aber meint, daß wir, die wir aus dem Felde zurückkehren, wegen der Beitragserhöhung uns nicht würden wieder anmelden, da ist er doch einer irrigen Meinung. Da schämt er uns ziemlich tief ein. Also meiner Meinung nach kann uns eine Beitragserhöhung nicht zum Schaden sein und es kann dem jeder Kollege ohne Bedenken gern zustimmen.

Mit kollegialem Gruß!

Alfred Fehle, Brandenburg a. S., zurzeit Rußland.

Christlich-nationaler Arbeiterkongreß.

Die christlich-nationalen Gewerkschaften hielten vom 28.—31. Oktober in Berlin eine Kriegstagung ab. Es sind rund 400 000 Mitglieder dort vertreten, im Frieden umfaßten die christlich-nationalen Verbände etwa 1 1/2 Millionen Arbeiter und Angestellte. Der Rückgang erklärt sich ähnlich wie bei den freien Gewerkschaften aus der großen Zahl der Einberufungen zum Heeresdienst, ist also kein Zeichen von Schwäche, sondern eine Folge der Zeitverhältnisse. Die Tagung erhält ihr besonderes Gepräge durch die Anwesenheit zahlreicher Regierungsvertreter und bürgerlicher Parteiführer, unter denen sogar Graf Westarp nicht fehlte, ein Beweis dafür, daß man auf die Gewinnung der christlich-nationalen Arbeiter für besondere politische Zwecke heute noch mehr Gewicht legt als schon in Friedenszeiten. Einstweilen herrscht Freiheit in den Reden der christlichen Arbeitervertreter noch ein Ton, an dem die Gegner des sozialen Fortschrittes wenig Freude erleben. Vorsitzender des Kongresses ist Generalsekretär Stegerwald, der während der Tagung seine Berufung ins preußische Herrenhaus auf Lebenszeit erhielt. Aus seiner Ansprache über die deutsche Arbeiterchaft im entscheidenden Stadium des Weltkrieges sind folgende Sätze bemerkenswert:

„So wie in den letzten Wochen kann es nicht weitergehen. Ein großer Teil des Volkstruums ist in den drei Kriegsjahren verwirtschaftet worden. Daß sich die Regierung eine Forderung des Volkes nach der anderen hat abringen müssen, war ein bedauerliches Schauspiel. Gefordert muß werden: Politische Rechtsgleichheit aller Staatsbürger in Staat und Gemeinden. Durch Begrenzung aller Klassenprivilegien auf dem Gebiete der Volksernährung und Volkserziehung hat das möglichste zu geschehen. In der Nütungsindustrie ist zwischen Arbeitern und Arbeitgebern ein erträglicheres Verhältnis zu schaffen. Die deutschen Arbeiter werden dann ihr letztes hergeben. Sie wollen sich nicht unterwerfen lassen, komme, was da will.“

In der Eröffnungsansprache wurden von den anwesenden Regierungsvertretern und Reichstagsabgeordneten Ansprachen gehalten. Dabei wies Staatssekretär Dr. Schwander darauf hin, daß im Wirbel ungewöhnlicher Ereignisse, in dem wir stehen, nichts mehr not tue als unerschütterliches Vertrauen in unsere Kraft, festes Zusammenhalten und treue Pflichterfüllung im Innern. In Zukunft darf auch nicht eine Stunde der kostbaren Arbeitszeit ohne Erzeugung wirtschaftlicher Werte vorübergehen. Dem, was das Deutsche Reich in seiner sozialen Geistesgebung und seinem Arbeiterrecht geschaffen hat, hat kein anderes Land auch nur einigermaßen Gleichwertiges an die Seite zu setzen. Den Vorwurf, den wir manchmal gehört haben und auch heute noch hören müssen, daß unsere Fortschritte auf sozialem Gebiete sich in einem zu schnellen Tempo bewegen, kann heute nach den gewaltigen Leistungen unseres Volkes nur noch der erheben, der nicht zugeben will, daß man die innere Kraft eines modernen Staatswesens nach dem Stande seiner sozialpolitischen Einrichtungen beurteilt. Die Regierung wird ernstlich prüfen, wie das Arbeiterrecht und unnötigen Bemühungen zu befreien ist, wird den Arbeitern und Angestellten die Mitwirkung und Vertretung im Staatswesen zukommen lassen, wie sie andere Berufsstände bereits besitzen, und die gesetzliche Grundlage einer Berufs- und Organisationsarbeit den Bedürfnissen der Zeit anpassen.

In der Aussprache über dringende Aufgaben der Sozialpolitik forderte der Referent Koch-Elberfeld für die Ubergangswirtschaft Maßnahmen, durch welche die Interessen der Arbeiter und Angestellten gewahrt werden, besonders eine Vertretung der Arbeiter und Angestellten im Beirat des Reichskommisars für Ubergangswirtschaft, geregelte Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenunterstützung aus staatlichen Mitteln, Erlaß eines Arbeitskammergesetzes. Aber das genüge nicht. Vor allem müsse das Koalitionsrecht von allen hemmenden Fesseln befreit werden. Der Para-

graph 153 der Gewerbeordnung müsse aufgehoben und die Koalitionsfreiheit durch strafgesetzliche Bestimmungen geschützt werden. Weiter forderte der Referent ein einheitliches Landarbeiterrecht und Reform der Gefindeordnung. Auch den Staatsarbeitern müsse das Koalitionsrecht gewährt werden. Wenn sie auf das Mittel der Arbeitseinstellung verzichten, so müssen ihnen als Ersatz dafür Einrichtungen zugestanden werden, mittels derer sie auf die Gestaltung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse einwirken können. Die jetzt geltenden Schutzvorschriften für die in der Industrie arbeitenden Frauen und Jugendlichen müssen unbedingt innegehalten werden. Die außer Kraft gesetzten Schutzbestimmungen sind nach dem Kriege nicht nur wiederherzustellen, sondern zu vermehren und zu erweitern. Den Kriegbeschädigten will der Referent einen geordneten Rechtsweg zur Festsetzung ihrer Rente zugestanden wissen. Ferner trat er ein für Wohnungsreform, für Förderung des Genossenschaftswesens und gerechte Verteilung der Steuerlasten.

Die Diskussionsredner traten in Uebereinstimmung mit dem Referenten für Fortführung und Verbesserung der Sozialgesetzgebung ein. Der Kongreß nahm zwei Resolutionen an, die sich im wesentlichen mit den vom Referenten vertretenen Forderungen decken.

Redakteur Beder-Berlin referierte über die Kosten- und Lebensmittelversorgung im vierten Kriegswinter. Der Redner kritisierte die vielen Mängel, die wir seither auf diesem Gebiete erlebt haben, und forderte Maßnahmen, welche eine gerechte und möglichst gleichmäßige Versorgung der Bevölkerung mit Kosten- und Lebensmitteln gewährleisten. Mit großer Entschiedenheit beurteilte er die Preistreiberien und den Lebensmittelwucher. Die dem Treiben gewisser Interessentenkreise, unter dem die Arbeiter und der Mittelstand schwer leiden, dürfe die Regierung nicht länger zusehen. Der Referent hält auch eine Aufteilung der großen Güter zur Schaffung lebensfähiger Kleinbauernstellen für empfehlenswert.

Zu den Wünschen, welche verschiedene Redner hinsichtlich der Brot- und Kartoffelversorgung ausgesprochen hatten, führte der Staatssekretär Braun aus, es werde unter allen Umständen versucht werden, die gegenwärtige Notration während des ganzen Wirtschaftsjahres durchzuhalten. Zur vollen Beruhigung könne er sagen, daß der volle Winterbedarf an Getreide bereits in der Hand der Reichsgüterstelle sei, und daß daher alle Gefahr der Verfüterung und des Verderbens beseitigt sei. Die Kartoffelernte sei eine gute gewesen, aber er warne vor einer Uebererschätzung infolge von Einzelergebnissen. Man habe mit durchschnittlich 65 Zentnern Kartoffeln pro Morgen gerechnet, das macht etwa 30 Millionen Tonnen. Es scheint aber das Gesamtergebnis um 4 bis 4 1/2 Millionen Tonnen höher zu sein. Endgültige Zahlen sind nicht vor dem 5. November möglich. Bis dahin kann der von verschiedenen Rednern erhobenen Forderung der Erhöhung der Kartoffelration auf zehn Pfund nicht entsprochen werden. Von den Schwierigkeiten der Kartoffelverladung macht man sich kein Bild. Täglich werden 25 000 Waggons angefordert, gestellt können nur täglich 700 bis 800 werden. Wir müssen aber zunächst sorgen, daß der Winterbedarf der Städte vor Eintritt des Frostes gedeckt wird, damit der Bevölkerung eine Prüfung wie im vorigen Jahre erspart bleibt.

Staatsminister Rosadovsky sprach über die Herstellung von Kleinwohnungen nach dem Kriege. Die Wohnungsfrage sei nicht nur eine hygienische, sondern eine eminent politische Frage. Es solle sich ein Aufstieg der Arbeiterklassen zum Wohl des Ganzen vollziehen. So müsse man den Arbeitern angemessene Wohnungen sichern. Die Errichtung von Wohnungsämtern sei notwendig. An Stelle kostspieliger Schmuckplätze sollten Kinderspielplätze angelegt werden. Deutschland braucht alle seine Kinder, da müsse man dafür sorgen, daß kinderreiche Familien ein gesundes Unterkommen finden können. Bei vernünftiger Siedlungspolitik sei Deutschland imstande, seinen gesamten Bedarf an Getreide und Vieh selbst zu erzeugen und sich selbst zu ernähren. Als zweiter Referent sprach Redakteur Gasteiger-München über diese Frage. Die Landesversicherungsanstalten, Krankenkassen, Berufsgenossenschaften, Knappschaffstassen, dann aber auch die Kirchen sollten ihre Gelder dem Kleinwohnungsbau zur Verfügung stellen. In der Aussprache wurden Forderungen erhoben auf eine Einrichtung zur Beschaffung von Möbeln, damit die Arbeiterchaft frei komme von den Abzahlungsgepächten. Die beantragten Entschliefungen wurden einstimmig angenommen.

Aus unserem Beruf.

Amliche Lederzuschneidestellen im Königreich Sachsen, Provinz Sachsen und Thüringen. Für den Bereich des 12. Armeekorps (Sitz Dresden) ist die amtliche Lederzuschneidestelle der Firma Moritz Stecher in Freiberg übertragen worden. Da die Firma Stecher eigene Geberei und ausgedehnte Betriebsräume mit den neuesten Maschinen, Stangen

und Pressen hat, so war sie in erster Linie geeignet, den Lederzuzchnitt zu besorgen. Die Militär-Leder-ausrüstungsbetriebe im 19. Armeekorpsbezirk sollten erst ihren Zuzchnitt von der Zuzschneidestelle des 12. Armeekorpsbezirks erhalten. Auf Einspruch der Leipziger und anderer Unternehmer des 19. Armeekorpsbereichs hat man hiervon Abstand genommen. Die Lederzuzschneidestelle ist für die Unternehmer im Bereich des 19. Armeekorps nach Leipzig verlegt. Diese Zuzschneidestelle ist als Genossenschaft m. b. H. eingerichtet. Das Betriebskapital ist von 70 Teilnehmern mit je 5000 Mk. Anteil in der Höhe von 350 000 Mk. aufgebracht. Die Zuzschneidestelle soll ungefähr 25 000 Kilogramm Leder in einem Monat verarbeiten. Als Leiter dieser Zuzschneidestelle in sachmännlicher Beziehung ist Herr A. B. B. B., der frühere Mitinhaber der Firma Weher u. A. B. B., bestimmt. Die Lederzuzschneidestelle in Leipzig befindet sich im Gebäude der Noten- und Buchdruckerei von C. G. Höder G. m. b. H., Leipzig-Neudnitz, Gerichtsweg 5-7.

Der Zuzchnitt für die Kleinmeister im Königreich Sachsen wird von dem Sattlerlieferungsverband ausgeführt. Dieser hat seinen Sitz in Dresden-N., Eifenallee.

Die amtliche Zuzschneidestelle für die Provinz Sachsen und Thüringen, Bereich des 4. und 11. Armeekorps, ist der Firma K. H. L. Wein u. Co. in Erfurt-N., Wendenstr. 5, übertragen. Der Zuzchnitt für die Kleinmeister in der Provinz Sachsen und Thüringen ist der Sattler-Genossenschaft in Halle überwiesen worden.

Die Zeilwerke in Jena, welche insgesamt über 11 000 Arbeiter beschäftigen, werden für ihre Sattlerabteilung den Zuzchnitt selbst besorgen.

An unsere Kollegen und Kolleginnen, welche in diesen Lederzuzschneidestellen Arbeit annehmen, richten wir die Anforderung, ihre gewerkschaftlichen Pflichten wahrzunehmen, ganz besonders darauf zu sehen, daß der Reichstarifvertrag in allen seinen Teilen eingehalten wird.

Korrespondenzen.

Berlin. (E. 2. 11.) Am Mittwoch, den 24. Oktober, hielt die Verwaltungsstelle Berlin im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine äußerst gutbesuchte Generalversammlung ab.

Eingangs seines Kassenberichts wies Kollege Wehler darauf hin, daß über die Vorgänge in der Verwaltung bereits in der Generalversammlung des 2. Quartals Bericht erstattet wurde, da die Arbeiten für die Tarifbewegung der Portefeulles- und Reißartikelfbranche sowie die Bewegung zur Erlangung einer weiteren Teuerungszulage in der Militärbranche im 2. Quartal bereits in Angriff genommen werden mußten, zu Anfang des 3. Quartals aber erst ihr Ende erreichten.

Der Erfolg dieser Bewegungen für die Organisation war, daß wir 1341 Neuaufnahmen im 3. Quartal zu verzeichnen haben. Notwendig wäre es jedoch gewesen, wenn all diese Kollegen und Kolleginnen vor Einleitung dieser Bewegungen Mitglied der Organisation gewesen wären, um auch durch die größere Mitgliederzahl einen größeren Druck auf die Unternehmer ausüben zu können.

Trotz der Steigerung der Mitgliederzahl ist die Beitragsleistung im Berichtsquartal kleiner als im Vorquartal geworden und auch hier sind es wiederum die weiblichen Mitglieder, welche eine geringere Beitragszahlung geleistet haben.

Die durchschnittliche Beitragszahlung der männlichen Mitglieder betrug 10,4 und die der weiblichen 8,8 im Quartal.

Die Ein- und Ausgaben für die Hauptkasse betragen 20 228,20 Mk., davon konnten 13 657,43 Mk. in bar der Hauptkasse überwiesen werden. Die Lokalkasse hatte bei einem Bestande von 127 236,63 Mk. eine Gesamteinnahme von 135 864,98 Mk. und eine Ausgabe von 1112,84 Mk., so daß ein Bestand von 134 723,79 Mk. verbleibt.

Die Einnahmen der Berliner Verwaltung betragen einschließlich eines Bestandes von 2601,71 Mk. 4755,65 Mk., an Ausgaben waren 2415,69 Mk.; mithin verbleibt ein Bestand von 2339,96 Mk.

Die Ein- und Ausgaben der Jugendabteilung betragen 34,20 Mk.

Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des 2. Quartals 3320. Der Zugang betrug insgesamt 1537. Wegen Meste und sonstiger Streichungen mußten 838 Mitglieder gestrichen werden. Der Bestand betrug am Schlusse des 3. Quartals 4019, darunter 1503 weibliche Mitglieder.

Zum Schluß ersuchte Kollege Wehler die Anwesenden, doch mit dafür Sorge zu tragen, daß die Krankmeldungen bzw. Abhebung der Unterstützung in ordnungsmäßiger Weise erfolge, damit die Mitglieder vor Schaden bewahrt bleiben. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt.

Zum 2. Punkt: Stellungnahme zu der in Vorschlag gebrachter Beitragserhöhung führte Kollege Schulze aus, daß sich die Verwaltung mit der wichtigen Frage der Urabstimmung, welche in Nr. 36 unserer Fachzeitung veröffentlicht wurde, beschäftigt habe und die nachfolgenden Ausführungen als im Auftrage der Verwaltung zu betrachten seien.

In einer gemeinschaftlichen Sitzung des Zentralvorstandes mit den Gauleitern regte ersterer die Frage an, die Beiträge für die männlichen Mitglieder um 15 Pf. und die der weiblichen um 10 Pf. pro Woche zu erhöhen. Ein Beschluß wurde in dieser Sitzung nicht gefaßt; jedoch beschloß der Zentralvorstand und Ausschuß, in einer späteren Sitzung diese Vorschläge den Mitgliedern zu unterbreiten und die Frage durch eine Urabstimmung entscheiden zu lassen.

Besondere Änderungsanträge sind weder von unseren Kollegen noch aus dem Reich gestellt worden, so daß der Zentralvorstand erneut die Bekanntmachung veröffentlicht hat und somit die Urabstimmung in der Zeit vom 1. bis 3. Dezember stattfinden hat.

Da durch die besondere Einrichtung der Zahlstelle Berlin mit ihrer Lokalkasse dieser Betrag gleich mit dem zentralen Betrag erhoben wird, würde, nach Annahme der Vorschläge, der Beitrag für die Verwaltungsstelle Berlin für männliche Mitglieder 90 Pf. und für weibliche 55 Pf. pro Woche ab 1. Januar 1918 betragen.

Bei der Entscheidung dieser Frage wäre zu prüfen, welche Einwirkung diese auf unser Organisationsleben auslösen würde.

In eingehender Weise schilderte Redner die finanzielle Lage unserer Organisation vor Kriegsausbruch und während der mehr als dreijährigen Kriegsdauer. Vor dem Kriege mußten wir die Beobachtung machen, daß Arbeitslosigkeit in der Privatindustrie so gut wie nicht vorhanden war, aber mit Ausbruch des Krieges auch unsere größte Branche, die Portefeulles- und Reißartikelfbranche, welche mehr als ein Drittel unserer Organisation ausmachte, vollständig zusammenbrach, so daß wir über 800 arbeitslose Mitglieder zu verzeichnen hatten. Diese große Zahl der Arbeitslosen bedingte, daß bezüglich der Unterstützungssätze eine Einschränkung vorgenommen werden mußte, und zwar in der Art, daß den Mitgliedern wohl die Unterstützungssumme, welche sie sich auf Grund ihrer Mitgliedschaft erworben hatten, verblieb, aber die Sätze auf 1 Mk. pro Tag herabgesetzt wurden. Trotz dieser Einschränkung war die Hauptkasse mit 120 000 Mk. an den zur Auszahlung gelangten Unterstützungen beteiligt.

Durch die plötzliche Einziehung eines großen Teiles unserer Mitglieder waren die Familien dieser Kollegen derartig in eine Notlage geraten, daß man der Frage auf Unterstützung dieser Familien näherzutreten mußte. In anerkennenswerter Weise haben unsere Mitglieder ihre Scherflein zur Unterstützung dieser Familien beigetragen, indem sie in der ersten Zeit 10 Proz. ihres Verdienstes — später wurde dieser Beitrag in bestimmte Sätze umgewandelt — für diese Zwecke abführten. Die aufgebrachtten Beiträge sind nicht nur voll an die Familien zur Auszahlung gelangt, sondern die Hauptkasse hat bei späteren Unterstützungen noch ansehnliche Beträge aus ordentlichen Mitteln zugeschoffen. Durch die lange Dauer des Krieges und die gute Verdienstmöglichkeit unserer Kollegen hat sich wohl die finanzielle Lage der Hauptkasse wieder gebessert; jedoch wenn man sich der Aufgaben bewußt ist, welche wir nach Beendigung des Krieges zu erfüllen haben, muß man zu der Ueberzeugung gelangen, daß dieses nur eine vorübergehende Erscheinung sein wird. Leider gehört unser Beruf zu den Betriebszweigen, welche fast vollständig auf die Kriegsindustrie eingestellt sind. Mit Kriegsende werden wir einen Zusammenbruch zu verzeichnen haben, welcher größer sein dürfte als zu Beginn des Krieges. Wir werden mit einer viel größeren und für den einzelnen längeren Arbeitslosigkeit zu rechnen haben. Dazu kommt die große Zahl der eingezogenen Kollegen, welche für Berlin allein rund 3000 beträgt und die bei ihrer Rückkehr alle untergebracht werden müssen. Hinzu kommt noch weiter, daß unsere größte Branche, die Portefeulles- und Reißartikelfbranche, welche in der Hauptsache auf den Export angewiesen ist, ihre alten Absatzgebiete nicht mehr vorfinden wird und sich erst neue wird erobern müssen. Eine weitere Frage ist die Beschaffung der notwendigen Rohmaterialien und handelt es sich dabei nicht nur um Leder, sondern auch alle anderen Bedarfsartikel. Die Organisationsleitung ist weiter der Meinung, daß, wenn unsere Kollegen aus dem Felde zurückkehren, diesen unbedingt eine Erholungsperiode gewährt werden und auch Unterstützung in Frage kommen muß. Bei der späteren Lage des Arbeitsmarktes werden wir mit außerordentlich schweren Kämpfen mit den Unternehmern zu rechnen haben. Bei allen Tarifverhandlungen, welche wir während des Krieges zu führen hatten, mußten wir die Beobachtung machen,

daß die Unternehmer den Standpunkt vertraten, nicht die Grundlöhne zu erhöhen, sondern nur Teuerungszulagen zu gewähren, um diese zu gegebener Zeit wieder rückgängig zu machen. Fast alle unsere Branchen arbeiten ohne Tarifvertrag bzw. laufen die bestehenden im nächsten Jahre ab. Bei der Entwertung des Geldes wird ohne Zweifel auch eine Erhöhung unserer Unterstützungssätze in Ermüdung gezogen werden müssen. An und für sich ist die Frage der Beitragserhöhung noch neu für unsere Organisation. Bereits auf dem Verbandstag im Jahre 1912 bekam der Zentralvorstand den Auftrag, die Frage der Staffelleistungen näher zu prüfen und machte nur der Ausbruch des Krieges einen Strich durch die Diskussion über diese Frage. Ein Teil der Kollegen hat bzw. wird die Befürchtung zum Ausdruck bringen, daß durch die Erhöhung der Beiträge die Gewinnung von neuen Mitgliedern sehr erschwert wird. Wir haben aber bei allen Beitragserhöhungen die Erfahrung gemacht, daß eine gewisse Erschwerung nur in der ersten Zeit eingetreten ist. Es war und wird auch immer so bleiben, daß, was die Organisation leistet, das beste Agitationsmittel zur Gewinnung neuer Mitglieder sein dürfte.

Zum Schluß seiner mit Beifall aufgenommenen Ausführungen ersuchte Kollege Schulze die Anwesenden, dafür Sorge zu tragen, daß die Mitglieder sich restlos an der Abstimmung beteiligen und sich nur von dem Gesichtspunkt aus leiten zu lassen, das beste für die Organisation zu wollen.

An der Diskussion beteiligte sich nur ein Kollege, indem er die Anwesenden ebenfalls ersuchte, bei der Abstimmung für die Erhöhung einzutreten. Nur könne er dem Zentralvorstand nicht den Vorwurf ersparen, sehr spät mit dieser Frage an die Mitglieder heranzutreten zu sein. Zum wenigsten hätten bei Aufhebung der Extrabeiträge diese in ordentliche Wochenbeiträge umgewandelt werden müssen.

Hierauf gab Kollege Schulze die statutarischen Bestimmungen bekannt, wor von den Mitgliedern befreit ist, an der Urabstimmung teilzunehmen.

Die Ortsverwaltung schlug vor, die Abstimmung am Montag, den 3. Dezember 1917, in der Zeit von 4 bis 8 Uhr, in 11 über Berlin und die Vororte verteilten Lokalen vornehmen zu lassen. Diese Vorschläge wurden, nachdem ein Antrag, die Abstimmung am Sonntag vorzunehmen, abgelehnt war, einstimmig angenommen.

Zum 4. Punkt begründete Kollege Wehler den Vorschlag der Ortsverwaltung, zu Weihnachten wieder eine Unterstützung an die Familien der zum Heeresdienst eingezogenen Mitglieder aus den Mitteln der Lokalkasse nach folgender Grundfakten zu zahlen und ersuchte um Annahme folgender Resolution:

Die am 24. Januar im Gewerkschaftshaus tagende Generalversammlung der Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Sattler und Portefeulles stellt der Verwaltung aus dem Mitteln der Berliner Lokalkasse 20 000 Mk. zur Gewährung einer außerordentlichen Weihnachtunterstützung für die Familien der Kriegsteilnehmer und die arbeitslosen Mitglieder zur Verfügung.

Die davon zu zahlende Unterstützung wird nach folgenden Grundfakten gewährt:

- a) für die Familien derjenigen Kriegsteilnehmer, die bereits vor Ausbruch des Krieges der Organisation angehört und mindestens 52 Beitragsmarken entrichtet haben: 20 Mk.
- b) für die Familien derjenigen Kriegsteilnehmer, die erst während des Krieges der Organisation beigetreten sind, aber ebenfalls mindestens 52 Beitragsmarken entrichtet haben: 12 Mk.

Voraussetzung zur Zahlung dieser Unterstützung ist aber, daß das Mitglied bereits vor dem 1. Oktober 1917 zum Heeresdienst einrücken mußte.

Arbeitslose Mitglieder, die sich bis zum Donnerstag, den 20. Dezember, während der üblichen Nachweissunden arbeitslos gemeldet haben, erhalten bei einer Mitgliedschaft und Beitragszahlung von 26 Wochen: 6 Mk., und bei einer Mitgliedschaft und Beitragszahlung von 52 Wochen: 10 Mk. Unterstützung.

Der verbleibende Rest der Summe wird zur Auffüllung des Fonds verwandt, aus dem auch die auf Urlaub befindlichen ledigen einberufenen Kollegen in gleicher Weise Unterstützung erhalten.

Die Resolution wurde, nachdem ein Antrag des Kollegen Bakalla, die Sätze bei 20 auf 25 Mk. bzw. von 12 auf 15 Mk. für die Kriegserfrauen und von 10 auf 15 Mk. bzw. von 6 auf 10 Mk. für die Arbeitslosen zu erhöhen, abgelehnt war, einstimmig angenommen.

Ghemnik. (E. 30. 10.) Unsere letzte (?) Versammlung hatte sich vorwiegend mit dem Finanzleben unserer Organisation zu beschäftigen. Im Vordergrund stand die Beitragserhöhung unserer Hauptverwaltung,

Da durch den Krieg der Geldwert gesunken ist, demzufolge die Lebensbedürfnisse gestiegen sind, so sei es auch das Bedürfnis, daß unser Verbandskapital mit dem Zeitgeist Schritt halte. Der starke Arm des Verbandes, die Finanzkraft, muß ausgebaut werden, da nach dem Kriege die Hochkonjunktur vorüber ist und Arbeitslosigkeit eintritt. Auch von Seiten der Unternehmer haben wir nichts Gutes zu erwarten. Den Rechnern lag es vollständig fern, für die Erhöhung Propaganda zu machen, sondern ein jeder soll nach seinem Ermessen abstimmen, doch könnte ein überzeugter Gewerkschaftler nicht gut dagegen stimmen. Aus dem Bericht der Quartalsabrechnung war wieder zu entnehmen, daß die am Orte verbleibenden 10 Pf. resp. 5 Pf. der verkauften Marken nicht mehr ausreichen, um die Kosten zu decken. Fast jedesmal muß die Lokalkasse für die Kosten der Hauptverwaltung mit aufkommen. Die Kollegen gaben der Ortsverwaltung auf, wenn die Hauptkasse mehr forbert, so soll sie auch in Zukunft den Ortsverwaltungen die Mittel zur örtlichen Verwaltung erhöhen; Lokalkassengelder für die Hauptverwaltung zu verbrauchen wurde nicht für gut befunden.

Der weitere Punkt: die Regelung des Lokalkassenbeitrages, sowie die Aufnahme der weiblichen Mitglieder in die Lokalkasse wurde nicht zum Abschluß gebracht und soll das nächste Mal nochmals auf der Tagesordnung stehen.

Immer wieder kommen Klagen, daß die Arbeitgeber nicht den im Reichstaxi stehenden Lohn auszahlen. Nur durch das Drängen der Ortsverwaltung oder von Seiten zielbewußter Kollegen oder Kolleginnen lassen sie sich herbei, den Tariflohn zu bezahlen. Deshalb möchten wir jedem auf Militärarbeit Beschäftigten zurufen: informiert euch genau, was ihr zu bekommen habt, dann braucht ihr euch auch nicht mit einer Teilzahlung für euer Arbeitsprodukt vom Arbeitgeber abspenken zu lassen.

Magdeburg. (E. 30. 10.) Am Freitag, den 26. Oktober fand unsere gutbesuchte Mitgliederversammlung statt, wozu der Kollege Busch ein einstündiges Referat hielt: Berufsfragen der Gegenwart. Zunächst wurde erst die Abrechnung vom 3. Quartal gebracht. Unter anderem fiel es doch manchem Kollegen auf, daß in dem Quartal 70 Renaufnahmen gemacht worden sind. Nun erlebte Kollege Busch sein mit Beifall aufgenommenes Referat, und streifte auch die kommende Vertragsserhöhung und die langerehnte Schlichtungskommission für Magdeburg. Es wurden nun auch gleich die Kollegen dazu gewählt und zwar die Kollegen Wegner und Behrens I, als Stellvertreter die Kollegen Krompholz und Franke. Anwesend waren über 100 Kollegen und Kolleginnen.

Errichtung einer Schlichtungskommission in Magdeburg.

Durch Vermittlung unseres Gauleiters ist in Magdeburg eine Schlichtungskommission für das Militär-Lederausstattungs-gewerbe gebildet worden. Neben ein Duzend Firmen sind am Orte auf Leder- ausstattungsgegenständen beschäftigt. Die Bildung einer Schlichtungskommission wurde durch eine Anzahl vorliegender Streitfälle zur Notwendigkeit. Nachdem sich am Freitag, den 26. Oktober, eine von über 80 Berufsangehörigen besuchte Versammlung über diese Frage ausgesprochen hatte, befaßten sich am Sonntagabend die Unternehmer in einer Sitzung, an welcher Kollege Busch teilnahm, mit der Wahl von 2 Vertretern und 2 Stellvertretern der Arbeitgeber zur Schlichtungskommission. Als Vertreter der Unternehmer wurden Herr Hermann Thieme und Herr Oskar Brandt, Obermeister der Sattlerinnung Magdeburg, als Stellvertreter Herr A. Höver und Herr Eduard Schenk gewählt. Von unseren Kollegen wurden Kurt Wagner und Karl Behrens als Vertreter und Friedrich Krompholz und Reinhard Franke als Stellvertreter gewählt. Zum Vorsitzenden der Schlichtungskommission ist Herr Hermann Thieme bestimmt. Sollten in Magdeburg Meinungsverschiedenheiten wegen Nichteinhaltung der Tarifbestimmungen und Löhne vorliegen, so ist es Aufgabe der Arbeiterschaft unserer Industrie, die Streitfälle der Verbandsleitung in Magdeburg zu übergeben. Dieselbe wird dafür sorgen, daß die Differenzen durch die örtliche Schlichtungskommission entschieden werden.

Rundschau.

Abzugsfähigkeit eines Teiles der Verbandsbeiträge vom Steuerkapital. Das Recht, eine bestimmte Summe des jährlichen Verbandsbeitrages vom zu versteuernden Einkommen in Abzug zu bringen, ist in den einzelnen Bundesstaaten verschieden. Beinahe jeder Bundesstaat hat dafür eigene Bestimmungen, und im größten (Preußen) besteht nicht einmal eine Einheitlichkeit in dieser Beziehung, obwohl dazu dort vor längeren Jahren oberverwaltungsgerichtliche Entscheidungen gefällt worden sind. Wie von einem

Trierer Kollegen dem „Korrespondent“ der Buchdrucker mitgeteilt wurde, erhielt dieser auf eine Reklamation hin vom Vorsitzenden der dortigen Steuerkommission, Regierungsrat v. Vertrap, folgenden Bescheid: „Nach den Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts vom 15. 6. 04 und 4. 5. 05 sind die Beiträge zum Verbands der Deutschen Buchdrucker nur hinsichtlich des auf die Krankengeldzuschuß- und Invalidenunterstützung entfallenden Anteiles zulässig; es kann demnach höchstens die Hälfte der Beiträge in Abzug kommen.“ Das gilt, wohl gemerkt, nur für Preußen. Wir geben den Bescheid lediglich deshalb hier wieder, um etwaigen Steuerreflektanten unter unsern preußischen Kollegen die Möglichkeit zu verschaffen, sich auf die betreffenden Entscheide des Oberverwaltungsgerichtshofes beziehen zu können. Damit ist natürlich noch keine Garantie geboten, daß eine Reklamation auch wirklich den gewünschten Erfolg hat. Die in den übrigen Bundesstaaten bestehenden Bestimmungen sind, wie gesagt, höchst unterschiedlich und werden durch die angezogenen Entscheide der preußischen höchsten Verwaltungsgerichtsbarkeit nicht berührt.

Ernährungsfürsorge für Tuberkulose. Die Zunahme der Sterblichkeit an Tuberkulose hat dem Staatssekretär des Kriegsernährungsamts Veranlassung gegeben, die zuständigen Stellen von neuem auf die zur besseren Ernährung der Schwindsüchtigen erlassenen Bestimmungen hinzuweisen. Diese Bestimmungen (Mundschreiben des Präsidenten des Kriegsernährungsamts vom 1. Februar 1917, C 1907) gewähren den Tuberkulösen Kostzulagen, die den Gesamtanforderwert der zurzeit für die übrige Bevölkerung verfügbaren Normalportionen erheblich übersteigen und mit einer Tageskopration von rund 3000 Kalorien im allgemeinen auch den ärztlichen Ansprüchen genügen dürften.

Bücherchau.

Der in seinem zweiundzwanzigsten Jahrgang vorliegende Neue-Welt-Kalender für das Jahr 1918 (Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer u. Co. in Hamburg) enthält unter anderem: Kalendarium — Mischbild — Beachtenswerte Adressen — Postliches — Unsere Toten (mit Porträts) — Meissen und Märkte — Im Kreislauf des Jahres — Weizen, Skizze von Fritz Müller (mit Illustrationen) — Karl Marx, von Wilhelm Bloß (mit Porträt) — Das Leben, Gedicht von Wilhelm Mann — Max Klingers Darstellung des Krieges (zu unserem Hauptbilde) — Kunstdenkmäler auf dem östlichen Kriegsschauplatz, von Adolf Bruno (mit Illustrationen) — Der unterirdische Krieg, Skizze von F. Petrich (mit Illustrationen) — Ansichten von Anno dagnal um über die Kriegsschauplätze der Gegenwart — Abschied, Erzählung, von Helene Voigt-Diederichs (mit Illustrationen) — Verzierte Kriegskrippelfürsorge, von Dr. S. Drucker (mit Illustrationen) — Zeitgemäße Statistik — Die Physik der Leuchttechnik, von Felix Linke (mit Illustrationen) — Eine Geschichte von Aufopfern, Skizze von Richard Schiller — Humor im Lagarett, Plauderei von Alfred Reikert — In Femeistellung, Gedicht von Edwin Hoernle — Volksdienst, Gedicht von S. Felbner — Papier-Textilstoff, von Karl Hermann — Erfinder (mit Illustrationen) — Allerlei Wissenswertes in Wort und Bild — Tausend Jahre Polengeschichte, von Dr. Franz Diederich (mit Illustrationen) — Das Mädchen spricht, Gedicht von Ludwig Lessen — Die Sozialpolitik im Kriege, von Friedrich Kleis — Rotgeld, von Adolf Werner (mit Illustrationen) — Geschichtliche Reminiszenz — Kraftgrenzen der Sprengstoffe (mit Illustration) — Grüße aus der Heimat (mit Illustration) — Das Falten, von Elfriede Schäfer (mit Zeichnungen) — Mein Junge — Fliegende Blätter — Für unsere Nähsticker — Außerdem drei Silber auf Kunstdruckpapier: Der Krieg — Nachrichten aus dem Felde — Winterstimmung — Ein Wandkalender. — Der Preis des Kalenders beträgt 50 Pf.

Sterbetafel.

Als Opfer des Krieges sind gefallen unsere Mitglieder aus Offenbach a. M.:

- Karl Kurz, 40 Jahre alt,
- Fritz Hermighausen, 36 Jahre alt,
- Heinrich Lohenius, 31 Jahre alt,
- Josef Spahn, 22 Jahre alt,
- Franz Schilling, 20 Jahre alt,
- Emil Brüske, 20 Jahre alt,
- Engelbert Kaiser, 32 Jahre alt,
- Philipp Heiberger, 40 Jahre alt,
- Alfred Reifler, Chemnitz, 27 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

Verwaltungsstelle Frankfurt a. M.

Dienstag, den 13. November, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Stolzestr. 13, II, Kolleg 5.

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung:

Abrechnung vom III. Quartal, Stellungnahme zur Vertragsserhöhung, Die Lebensmittelfrage für Schwerarbeiter, Verschiedenes.

Die Kollegen und Kolleginnen werden ersucht, vollzählig und pünktlich zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Suche gegen Freigabeschein

2500 Brotheutel

sofort zu kaufen.

Martin Buhrbanck, Hirschberg in Schlesien.

Leder-Zuschneider und =Zurichter

die auf Geschirre aus Leder- und Papierstoff gearbeitet haben, gesucht.

G. Leschen & Co., Fabrik f. Militärladerausrüstung, Köln-Nippes, Geldernstr. 46.

Sattler

auf Militärgeschirre für dauernde Beschäftigung stellt sofort ein

Busch & Co.,

Gesellschaft für Verkehr- u. Militärbedarf m. b. H., Leipzig, Langestr. 22c.

Tüchtige Sattler

auf Militärarbeit für sofort gesucht.

Manuel Kahn, Karlsruhe i. Baden, Herrenstraße 23.

Zuschneider, Stanzer

gesucht.

Zuschneidestelle der Lederindustrie Bielefeld, G. m. b. H., Bielefeld, Königstraße 56.

Sattler

auf Militärarbeit stellt sofort ein **Neolus Werke, Cassel.**

Sattler

auf Militärarbeit (Zornister, Patronentaschen und dergl.) für dauernde Beschäftigung gesucht. **Richard Hänel, Militäreffektenfabrik, Dresden, Pillniger Str. 5.**

Bett-Federn

Zarte Füllfedern p. Pfd. Mk. 2,—, Halbdaunen Mk. 3,—, do. zart und weich Mk. 3,75, Schleißfedern Mk. 3,—, Alle zart und weich.

Gänse-Federn

Feine weiße Halbdaunen Mk. 7,—, hochfeine sibirische Mk. 8,— b. Mk. 12,—, Schleißfedern Mk. 6,50, weich und daunenreich Mk. 7,50, graue Daunen, schwelend, Mk. 9,—, weißer Daunenflaum Mk. 12,— b. Mk. 20,—, 3—4 Pfd. f. eine Decke. Must. u. Katal. frei. Nichtfallend Geld zurück. 60000 Kunden, 20000 Dankschreib. Bettfederngroßhandlung **Th. Kranfuß, Kassel 175,** Aeltestes und größtes Versandhaus daselbst.